

Landeszeitung

Die Halle vertritt die Interessen der Provinz...

Werden die 6 politischen Parteien...

Nr. 222.

Halle a. S., Sonntag, den 12. Mai.

1912.

Mb. Deutscher Reichstag.

10. Sitzung, Sonnabend, den 11. Mai.

Am 11. Sitzung, Sonnabend, den 11. Mai.

Der Militärkredit.

(Zweiter Tag.)

Nach behaltener Erledigung des Gebührensartikels...

Herr Dr. Müller-Meinungen (Sp.).

Die gefragte Verhandlung mußte den Einbruch einer großen...

leinte zu Ende und verlegte nicht zu Lebzeiten einbringen...

Herr Dr. Trendel (Zentr.).

fordert unter Hinweis auf die früheren Bestimmungen im Ausland...

Herr Hüb (Natl.).

spricht über die Kriegervereine. Die Stellungnahme des...

Herr v. Krüger (Natl.).

Meiner Ansicht nach gehören die Kriegervereine gar nicht...

Wortlicher Generalmajor Weninger.

fordert den Herr Dr. Trendel auf, falls er bei seiner Rede...

Herr Schefflin (Soz.).

Die Militärverwaltung hat kein Recht, Soldaten den Besuch...

Kriegsminister Frhr. v. Heeringen.

Einfachlich der Kriegervereine ist es meine gefragten An...

Die gefragte Verhandlung mußte den Einbruch einer großen...

Die Interpellation Offiziere sind doch wirklich nicht zu über...

Eine Reform der Ehrengerichtsordnung ist eine der dring...

Die Sozialdemokraten erheben den Reichstagen...

1908 eine Zusammenkunft von 11 Staatsräten veranstaltet...

Die Aufregung über die Stellung ist nicht eine Scherzfrage...

Daher behaupte ich aus militärischen Gründen eine Ge...

Nach dem Verbot der Säle anzu, so sind die gleichen...

Ich habe Ihnen vor einigen Jahren schon gesagt, wie unse...

Bedauerlich ist es, daß der Kriegsminister die Beförderung...

Die Woten verlangen einmal jährlich freie Fahrt für die...

Deutsches Reich.

Der verregnete Fackelzug.

(Hauptbemerkungen zu dem Wahlergebnis in Barel-Zeuer.)

Die Sozialdemokraten hätten lieber mit der Eröberung des Wahlkreises gerechnet. Nicht nur, daß das Organ des Kandidaten Zug zwischen Haupt- und Stichwahl den Lesern nicht so potenter hätte, nur der Genosse Hug hätte und schließlich vorerzählt, sondern es waren auch schon während in den Vorbereitungen getroffen worden zur Siegesfeier. So wird der „Freie. Ztg.“ berichtet, daß die Sozialdemokraten in Nordenham bereits Fackeln gekauft hätten, um am Abend des Wahltages einen feierlichen Fackelzug zu entziehen. Der ist ihnen nun freilich verregnet!

Interessant ist auch die Registrierung der neuen Tatsache, daß an der Stichwahl vom 1. Januar d. J. gemessen die Sozialdemokratie in Barel-Zeuer direkte Verluste erlitten hat. Während ihre Stimmenzahl damals das vierzehnte Tausend fast erreichte, ist es diesmal das dreizehnte Tausend kaum hinweggekommen, während der Freiwahl relativ so auch abfolgt die Zahlen der Hauptwahl überboten hat.

Die bürgerlichen Parteien können also mit dem Ausfall der Wahl von Barel-Zeuer zufrieden sein. Er bildet eine schmerzliche Erklärung der Ueberlegung, die jeder vernünftige Politiker in den letzten Monaten schon vorgenommen hat, daß die Sozialdemokratie ihre Toreiten dükken muß, daß sie die Höhe ihrer Macht überschritten hat und an ihrer eigenen unruhigbaren Größe langsam zu verfallen beginnt. Diese allgemeine Betrachtung sollte, so meint die „Kölnische Ztg.“, auch solchen Blättern und Parteien behagen, die einen freijugigen Sieg nun einmal nicht mit Zurückhaltung aufnehmen können. Aber wer die agrarische Presse kennt, der weiß, daß ihr Satz gegen den Liberalismus nicht dadurch aufgewogen werden kann, daß der Sozialdemokratie ein gemeinsames bürgerliches Paroli geboten wird. Wie die Agrarier den freijugigen Sieg von Barel-Zeuer bedauern, das lehren die Ausstellungen der agrar-konservativen „Dtsch. Tagesztg.“, die schreibt:

„Nach der Karole der Mehrheit der national-liberalen Vertrauensmänner ist es ausgeschlossen, daß auch nur die National-liberalen diesmal vollständig für den Freiwahl eingetreten sind. Seine Stimmenzunahme im Werten mit dem „Rückgang“ der Sozialdemokratie läßt also darauf schließen, daß die Sozialdemokratie aus der Nachwahl eine „Dämpfung“ des Wahlkampfes zugunsten der betroffenen Fortschrittspartei durchgeführt hat. Bei dem natürlichen Interesse, das sie bei der jetzigen Lage der Dinge an der Wahl des freiwahligen Führers in den Reichstag hat, wäre uns das ja schließlich nicht besonders wunderbar. Der „Erfolg“ des Freiwahls allerdings würde dadurch an Glanz einermäßen verlieren.“

Aus diesen Ausführungen spricht verhaltener Zerrger und Enttäufung, die in der Unterstellung von der „Dämpfung“ diesen Ausdruck finden. So wie die Verhältnisse liegen, kann das gar nicht in Frage kommen, aber desto deutlicher zeigt sich, daß selbst sehr rechtsgehende Wähler sich nicht ohne weiteres zu einer Aktion kommandieren lassen, wie sie von den Konservativen und dem Landbunde jetzt betrieben wird.

Die zweite Befugung der Deckungsvorlage.

Zwischen erster und zweiter Lesung ist unter den Mehrheitsgruppen der Brannntweinsteuerkommission ein Kommissionsrat entstanden, das auch für die Finanzberatung eine Mehrheit zu sichern scheint. Es geht unter dem Namen des konservativen Abgeordneten Dietrich und wurde in seinem ersten Teile schon in der Sonnabend-Sitzung in der die zweite Lesung der Vorlage begann, angenommen.

Zunächst wurde beschlossen, die Abweisung von jährlich 16 Millionen aus der Verbrauchsabgabe zur Erhöhung der Verzugsprämie ungeföhrt, wie es in der ersten Lesung beschlossen war, aufrecht zu erhalten. Ebenso wurde die fübende Spannung von 5 bzw. 7,50 Wfl. für das Hektoliter aufrecht erhalten, und zwar mit ausdrücklicher Anerkennung als Referat. Dagegen wurde für die kleinen Brennereien als für diese vorgezogene Stellung erweitert und zum Teil herabgesetzt, sowohl für Süd- als für Norddeutschland.

Die Sozialdemokraten haben ihre Anträge durchweg wieder eingebracht; in der Richtung der Gleichstellung der gemeinschaftlichen den landwirtschaftlichen Brennereien, Erhöhung der Grenzen für Begünstigung der Kleinnennereien, und vor allem Herabsetzung des Steuerlages von 125 auf 105 Wfl. Alle diese Anträge wurden zurzuehend abgelehnt. Zu dem Beschlusse der Kommission über die 16 Millionen Verzugsprämie äußerte sich

Schachtleiter Rühn

Kritik sei diese Kürzung der Deckungseinnahmen der Regierung sehr unangenehm, aus fiskalischem Interesse; notwendig sei es aber zu begründen, daß dadurch der technische Spiritus billiger erhalten werde. Man müsse nun abwarten, was das Ergebnis der Beratung über die Wehrvorlagen im Endresultat auslaufe, dann werde man überlegen können, welcher Festbetrag dann noch zu bedenken sei. Er könne aber erklären, daß jedenfalls ein etwaiger Festbetrag gegenüber den für die Wehrvorlagen berechneten Kosten Deckung finden müßte. Gegenüber dem Einwand des Schachtleiters, daß der sozialdemokratische Hauptantrag die ganzen Einnahmen aus der Brannntweinsteuer, wegen deren diese überhaupt eingebracht sei, einfach wegfreie, bemerkte der Wortführer der Sozialdemokraten, der in der ersten Lesung der Kommission die Erklärung seiner Fraktion über die Erbschaftsteuer verlesen hatte: die Sozialdemokratie habe Sekretär Rühn erklärt hierzu: Soweit angeregt ist, sei die Wehrvorlage durch eine Erbschaftsteuer zu decken, habe er zu erwidern, daß diese Frage in dieser Kommission nicht gelöst werden könne. Die Erbschaftsteuer würde natürlich für die 60 Millionen, die sie an Erträgen bringen würde, von vornherein 40 Millionen als Erlös für die Brannntweinsteuererträge wegfallen.

Der Schachtleiter bemerkte im übrigen, daß er an seiner früheren Erklärung, daß für abschätzbar Zeit keine neue Steuer auf Gegenstände des Massenkonsums eingeföhrt werden solle, durchaus festhalte. Er müsse aber bekennen, daß man in dieser Brannntweinsteuerfrage eine neue Konsumsteuer er-

blide, sondern es handle sich eben um die Befestigung einer Viebesgabe. Wenn das Brennereigewerbe infolge der Entziehung dieser bisherigen Bezugsung den bisherigen Preis des Trinkbranntweins nicht aufrecht erhalten könne, so gebe das doch nicht das Recht, von einer neuen Konsumsteuer zu sprechen. Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt.

Eine geschlossene Kundgebung nationaler Willens.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ führt in ihrem Wochenrückblick über die Beratungen der Seeresvorlage im Reichstag folgendes aus:

Die Beratungen über die Seeresvorlage sind im Reichstag zu einem höherfreudigen Ergebnis gelangt. Am Freitag wurden nach zweifelhünder Verhandlung die Gesellschaften über die Änderung des Beschäftigungszuges und zur Ergänzung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke von den bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen. Nachdem die Budgetkommission die Vorlagen genau durchberaten, war es der Wunsch des Reichstages, die Verhandlung im Plenum zu einer eindrucksvollen und geschlossenen Kundgebung des nationalen Willens zu gestalten. Demgemäß beschränkten sich die Redner der Mehrheit auf kurze Darlegungen ihrer Stellung. Gegen die beantragte ein-bloc-Annahme erhoben nur die Sozialdemokraten Widerspruch, jedoch vollzog sich die bewegende erforderliche Abstimmung über die einzelnen Artikel sehr schnell, ohne die sonst übliche Spezialabstufung. Der Ergänzungsetat wurde so dann ein-bloc angenommen. Mit hoher Befriedigung nimmt man überall auf deutschem Boden von diesen Beschlüssen des Reichstages Kenntnis. Sie bedeuten eine nationale Tat, an der erfreulicherweise alle reichstreuen Parteien mitgewirkt haben.

Ueber die Vorgänge im Abgeordnetenhaus urteilt sie: „Im Gegensatz zu diesen erhebenden Eindrücken aus dem Reichstag stehen die Vorgänge in preußischen Abgeordnetenhaus, wo es durch die dreifachen Herausforderungen der Sozialdemokraten zu einer für sie tief beschämenden Szene gekommen ist. Die Schuld an dem in unerer parlamentarischen Geschichte neuen Vorfalle ist lediglich den sozialdemokratischen Abgeordneten zuzurechnen, die den Präsidenten durch ihre mit Anbauer und Ueberlegung durchgeführte Proportionsstufung zur Anwendung der letzten geschäftsordnungsmäßigen Mittel gezwungen haben — die Wahrung der Ordnung und die Anerkennung der präsidialen Befugnisse ist die selbstverständliche Grundlage für jede parlamentarische Verhandlung.“

Das Sparhaushaltsgesetz.

Die Abgeordnetenhaus-Kommission zur Beratung des Sparhaushaltsgesetzes setzte am Freitag die Generaldebatte über den Entwurf fort. Neue Gesichtspunkte traten nicht hervor, doch wurden von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert, die Weiterberatung der Vorlage nicht so sehr zu beschleunigen, um Zeit zu gewinnen, noch mehr Material zu beschaffen, und durch weitere Prüfung festzustellen, welche Tragweite die gestellten Abänderungsanträge haben.

Die Vorlage hat bei fast allen Parteien Gegner, nur die Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei sind bereit zuzustimmen. Insbesondere wurde von verschiedenen Seiten die Befürchtung ausgesprochen, daß der Sparhaushalt durch die Konfurrenz mit den Banken zu sehr erhöht werde. Von Seiten der Regierung wurde betont, daß es nicht beabsichtigt sei, für die Banken und Genossenschaften ähnliche Bestimmungen zu treffen, weil für diese die Frage der Liquidation nach ganz anderen Gesichtspunkten zu beurteilen sei.

Kirchner Ehrenbürger.

Den scheidenden Oberbürgermeister Kirchner will der Magistrat von Berlin zum Ehrenbürger Berlins ernennen, wie folgender Bericht besagt: Von dem Wächstgebes des Herrn Kirchner nahm der Berliner Magistrat, dessen Sitzungsbeginn am Sonnabend in Abwesenheit des Oberbürgermeisters stattfand, Kenntnis. Der Magistrat beschloß darauf, dem scheidenden Oberbürgermeister das Ehrenbürgerrecht zu verleihen und ihn mit dem vollen Gehalt von 36000 Mark zu pensionieren. Nachdem Oberbürgermeister Kirchner erschienen war, sprach ihm der Senior des Magistrat Geheimrat Margraf in herzlichen Worten das lebhafteste Bedauern des Kollegiums über seinen Rücktritt und den Dank für seine Amtsführung aus.

Der Arbeitsplan des Abgeordnetenhauses

ist folgender: Montag: Abstimmung über den Einspruch des Abg. Borchardt, Eisenbahnangelegenheit, Knappheitsgesetz; Dienstag: Rest vom Montag und Antrag über Änderung des Diätengesetzes und der Fahrkarten für die Abgeordneten, Anträge betr. Hagelversicherer, überfüllte Schulklassen und Petitionen; Mittwoch: Antrag Zedlitz über Änderung der Kreisordnung; Donnerstag frei; Freitag und Sonnabend: Gesetz über Arbeitslose, zweite Lesung des Eisenbahnangelegenheit, Anfechtungsbekanntmachung; Montag: Wahrdressantrag der Fortschrittlichen Volkspartei; Dienstag: Eingemeindung nach Trier; Sparhaushaltsgesetz; am folgenden Tage: Anträge und Petitionen, dritte Lesung des Eisenbahnangelegenheit. Man hofft, am 24. Mai fertig zu sein.

Das Herrenhaus wird seine Beratungen erst nach Pfingsten zu Ende führen. Das Abgeordnetenhaus würde noch einmal zu einer Sitzung zusammenzutreten, falls das Herrenhaus an einzelnen Gesetzen Änderungen vornimmt. Die Beratung der beiden Häuser würde am 15. Juni erfolgen.

Die Ausfahrt der deutschen Kriegsschiffe nach Mexiko.

Der Panzerkreuzer „Moltke“ hat Sonnabend Mittag um 5 Tagen die Amerikazeile angetreten, nachdem der Chef des Geschwaders Konteradmiral von Redouer-Balschwig unter Salut seine Flagge gehißt hatte. Der Kreuzer „Stettin“ folgt Sonnabend nachts auf dem Kanalar. Der Kommandant der „Moltke“, Kapitän zur See, Ritter von Mann, der des Kreuzers „Stettin“, Freigantkapitän von Krosch, der des Kreuzers „Bremen“, der in Hampton Roads zum Geschwader flößt, ist Korvettenkapitän von Reymann.

Letzte Nachrichten.

Der Kaiser in Karlsruhe.

Köln, 11. Mai. Der „Köln. Ztg.“ wird aus Berlin telegraphisch: In der Öffentlichkeit beschäftigt man sich jetzt mit der Frage, was wohl der Gegenstand der Besprechungen sein wird, die heute in Karlsruhe zwischen dem Kaiser und seinen Mitgebern stattfanden. Man braucht in den Besprechungen nichts Außergewöhnliches zu erblicken. Die Sinzigung des Vorkämpfers Friedrichs Marzfall von Bieberstein erklärt sich einfach und natürlich aus dem Wunsch des Kaisers, diesen besten Kenner der orientalischen Verhältnisse zu hören. Es versteht sich von selbst, daß neben der durch den türkisch-italienischen Krieg geschaffenen Lage auch die zukünftige Gestaltung unserer Beziehungen zu England in den Kreis der Erweiterungen gezogen wird; eine Aussprache darüber ist in dem Augenblick, wo ein neuer Vorkämpfer für London ernannt wird, wohl natürlich und notwendig. Ebenso ist es erforderlich, daß über die in London zu verfolgende Politik eine Einigung zwischen dem Kaiser und denjenigen Persönlichkeiten erreicht werden soll, welche die Politik durchzuführen haben. Es liegt nicht maßgebend, daß man dabei ein in einzelne Abteilungen und Nebenabteilungen zerlegtes Programm aufstellen wird, zumal ein solches, wie es scheint, durch die Eindrücke der Beobachtungen beeinflusst werden würde, die der neue Londoner Vorkämpfer, Freiherr Marzfall von Bieberstein, erst noch zu machen hat.

Die fortschrittliche Volkspartei und der Fall Borchardt.

H. T. B. Berlin, 11. Mai. Die Landtagsfraktion der fortschrittlichen Volkspartei hat am Sonnabend vormittag über den Einspruch des Abg. Borchardt gegen seine Ausschließung von der Donnerstags-Sitzung verhandelt. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, daß die Vorgänge am Donnerstag in hohem Maße bedauerlich und geeignet seien, die Ehrenwürde des Ansehender Volksvertretung herabzusetzen. In der Beratung wurden lebhafteste Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit des Vorgehens des Präsidenten geltend gemacht. Der Präsident hätte, ehe er zur Anwendung des äußersten Mittels schritt, den Versuch zur Wiederherstellung der Ordnung dadurch machen sollen, daß er sämtliche Abgeordnete der Partei ersuchte, den Raum vor der Rednertribüne freizuhalten. Ferner hätte die Durchführung der Ausschließungsregel erst nach Nennung des Sitzungssaales und der Tribüne erfolgen sollen, worauf der Wortlaut des § 64 und die bei Erlaß dieser Bestimmung darüber geföhreten Verhandlungen ausdrücklich hinwiesen. Andererseits erachtet die Fraktion als feiggestellt, daß der Abg. Borchardt in gewöhnlicher Weise gegen die Ordnung des Hauses verstoßen hat. Er hat die mehrfachen wiederholten Anordnungen des Präsidenten, von der Tribünenstreppe aus seine Zurückkehr zu machen, nicht befolgt. In der Ueberzeugung, daß die Ordnung des Hauses gewahrt werden muß, wenn nicht das parlamentarische Wesen selbst schweren Schaden leiden soll, hat die Fraktion beschlossen, durch Abstimmung vom Ausdrud zu bringen, daß der Präsident nach den jetzt geltenden Bestimmungen von der Geschäftsordnung berechtigt war, von den ihm zu Gebote stehenden disziplinarischen Mitteln Gebrauch zu machen. Zugleich aber hat die Fraktion beschlossen, um der Wiederkehr derartiger, das Parlament entwürdigender Anstöße vorzubeugen, die Wiederherstellung des § 64 der Geschäftsordnung in der früheren Fassung und damit der Streichung der Bestimmungen über die Ausschließung und Entfernung von Abgeordneten zu beantragen. Dieser Antrag entspricht der Haltung, welche die Fraktion im Jahre 1910 gegenüber der Beratung des § 64 angenommen hat.

Der Senior der schleswig-holsteinischen Freiwahligen.

Schleswig, 11. Mai. Volkhard Hans Jakob Kriegermann, der Senior der schleswig-holsteinischen Freiwahligen, Ehrenmitglied des Bundesauschusses der Partei, ist gestern nachmittag in Warne im Alter von 94 Jahren gestorben.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Zeitliche Nachrichten: Karl Weitzer; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Fuchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Warth Druck und Verlag von Otto Gendel. Emdritsch in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 16 Seiten. —

(einschließlich „Unterhaltungsblatt“ und „Verlosungsliste“)

Gegen Mundgeruch

„Mundgeruch“ wird durch die Zersetzung des Speichers im Munde verursacht. Die Zersetzung des Speichers wird durch die Verwendung von Mundgeruchmittel verhindert. Mundgeruchmittel ist ein Mundgeruchmittel, das die Zersetzung des Speichers im Munde verhindert. Mundgeruchmittel ist ein Mundgeruchmittel, das die Zersetzung des Speichers im Munde verhindert.

